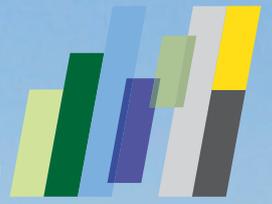


OECD-  
Umweltprüfberichte



# Schweiz

HIGHLIGHTS

2017

# OECD- Umweltprüfberichte

Die Umweltprüfberichte der OECD liefern eine auf Fakten gestützte Analyse und Bewertung der Fortschritte, die die Länder bei der Erfüllung ihrer umweltpolitischen Zielsetzungen erreicht haben.

Sie fördern das gegenseitige Lernen, stärken die Rechenschaftslegung der Regierungen und bieten gezielte Empfehlungen, damit die Länder ihre Umweltleistungen verbessern können. Die Prüfberichte stützen sich auf ein breites Spektrum von Wirtschafts- und Umweltdaten. Jeder Zyklus von Umweltberichten umfasst alle OECD-Mitgliedsländer und ausgewählte Partnerländer.

Alle Berichte und weitere Informationen stehen auf der Webseite <http://oe.cd/epr> zur Verfügung.

## DER DRITTE UMWELTPRÜFBERICHT DER SCHWEIZ

Die Schweiz gehörte 1960 zu den zwanzig Gründungsmitgliedern der OECD. Ihre ersten Umweltprüfberichte wurden 1998 und 2008 veröffentlicht. Der aktuelle Bericht bezieht sich auf die Umweltleistungen des Landes seit 2008. Das Prüfverfahren umfasste einen konstruktiven und für beide Seiten vorteilhaften politischen Dialog zwischen der Schweiz und den Ländern, die an der OECD-Arbeitsgruppe Umweltbilanz beteiligt sind. Die OECD dankt der Europäischen Union und der Tschechischen Republik für die Prüfung der Umweltleistungen der Schweiz.

Der Bericht enthält 42 Empfehlungen, die von der Arbeitsgruppe am 27. Juni 2017 gutgeheissen wurden. Sie sollen der Schweiz helfen, ihre Wirtschaft grüner zu gestalten und ihre Umweltgovernance und ihr Umweltmanagement zu verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Wasserbewirtschaftung sowie auf der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Artenvielfalt.

<http://oe.cd/epr>



# Schweiz

## Überblick

Die Schweiz ist eine kleine, offene Volkswirtschaft mit einem kohlenstoffarmen Energiemix. Im Mai 2017 bestätigten die Schweizer Stimmberechtigten in einer Volksabstimmung zur Energiepolitik die Absicht der Regierung, aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieproduktion verstärkt auf erneuerbare Energien abzustützen. Die Schweiz verfolgt einen innovativen Ansatz zur Revitalisierung ihrer Fließgewässer. Viel Zeit hat sich die Schweiz mit der Lancierung ihres Aktionsplans Biodiversität gelassen, obwohl der Anteil der bedrohten Arten sehr hoch ist und es nur wenige streng geschützte Lebensräume gibt. Als wichtiges Finanzzentrum kommt der Schweiz eine Schlüsselrolle in der Förderung einer umweltfreundlichen Finanzwirtschaft und grüner Investitionen zu.

## STÄRKEN

- **Spitzenleistung, was die Intensität der Treibhausgasemissionen und die Materialproduktivität anbelangt**
- **Innovativer Ansatz zum Management von Gewässern und biologischer Artenvielfalt durch eine Initiative zur Renaturierung von Flüssen**
- **Lange Tradition der Umweltdemokratie**
- **Ehrgeiziges CO<sub>2</sub>-Steuersystem**
- **Grosser Anteil der Agrarzahungen zugunsten der biologischen Vielfalt in landwirtschaftlichen Betrieben**
- **Eines der wenigen Länder, die Diesel höher besteuern als Benzin**
- **Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene**

## HERAUSFORDERUNGEN

- **Nicht nachhaltige Konsummuster, die einen ökologischen Fussabdruck verursachen, der weit über die Landesgrenzen hinausgeht**
- **Immer mehr Siedlungsabfall**
- **Hohe Anteile bedrohter Arten**
- **Seen, die unter Überdüngung und Sauerstoffmangel leiden**
- **Zunehmender Flächenverbrauch vor allem im Umland der Städte**

### SCHWEIZ 2016

#### Bevölkerung

8,4 Millionen

#### BIP pro Kopf (KKP)

62 700 USD  
(OECD: 41 900)

#### Gesamtfläche

41 290 km<sup>2</sup>

#### Bevölkerungsdichte

203 Einwohner/km<sup>2</sup>  
(OECD: 35)

#### Währung

Schweizer Franken (CHF)  
1 USD = 0.99 CHF (2016)

# Wichtigste Umwelttrends

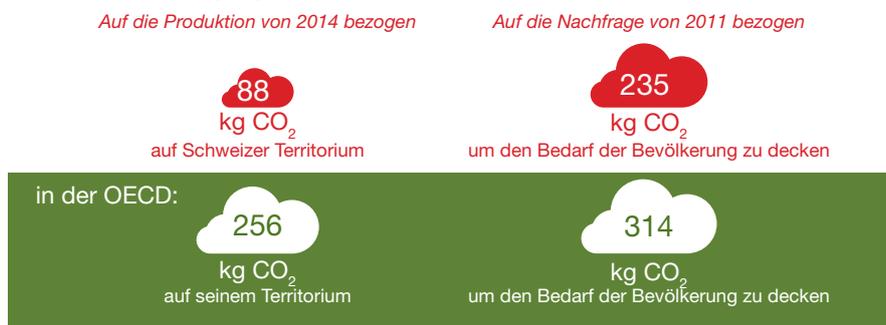
**Die Schweiz ist eine kleine, offene Volkswirtschaft. Bezogen auf das Pro-Kopf-BIP ist sie das viertreichste Land der OECD. Der Lebensstandard ist hoch und die Schweiz erbringt Spitzenleistungen, was die Energie-, Kohlenstoff- und Materialproduktivität anbelangt. Hohes Einkommen und Konsum führen jedoch auch zu stärkeren Umweltbelastungen, einschließlich eines wachsenden Volumens des Straßenverkehrs und der Abfallerzeugung. Dies gilt vor allem für das dicht bevölkerte Mittelland.**

## ENERGIE UND KLIMA

- Im letzten Jahrzehnt hat die Schweiz das Wirtschaftswachstum von den inländischen Treibhausgasemissionen (THG) entkoppelt. Mit den hohen Anteilen an erneuerbaren Energien und Kernenergie, sowie einer Wirtschaft, die vom Dienstleistungssektor dominiert wird, verfügt das Land heute über die kohlenstoffärmste Wirtschaft in der OECD.
- Im Mai 2017 bestätigte das Stimmvolk an der Urne einen Entscheid von Bundesrat und Parlament aus dem Jahr 2011, der einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie verlangt. Dies bedingt eine neue Energiestrategie, damit der Einsatz erneuerbarer Energien beschleunigt wird. Derzeit stammen 60 % der erneuerbaren Energien aus der Wasserkraft.

**Grafik 2. Die Schweiz ist ein guter Performer bezüglich Kohlenstoffintensität.** Es ist die am wenigsten CO<sub>2</sub>-intensive Wirtschaft in der OECD in Bezug auf die inländische Produktion. Ein differenzierteres Bild ergibt sich jedoch bei der Integration der Emissionen, die in Importen eingebettet sind.

Aufwand zur Erzeugung einer BIP-Einheit (1 000 USD). Die Schweiz stößt



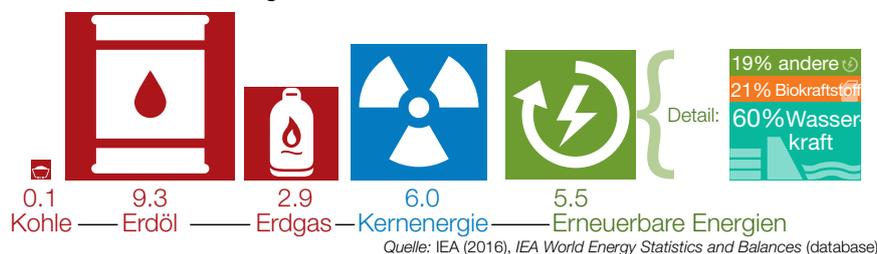
**Grafik 2. Der Verkehr verbraucht ein Drittel der Endenergie** und mehr als die Hälfte der fossilen Brennstoffe. Um diesen Sektor zu entkarbonisieren, will die Schweiz eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene erreichen und den öffentlichen Verkehr verbessern.

Gesamt-Endenergieverbrauch nach Sektor, 2015

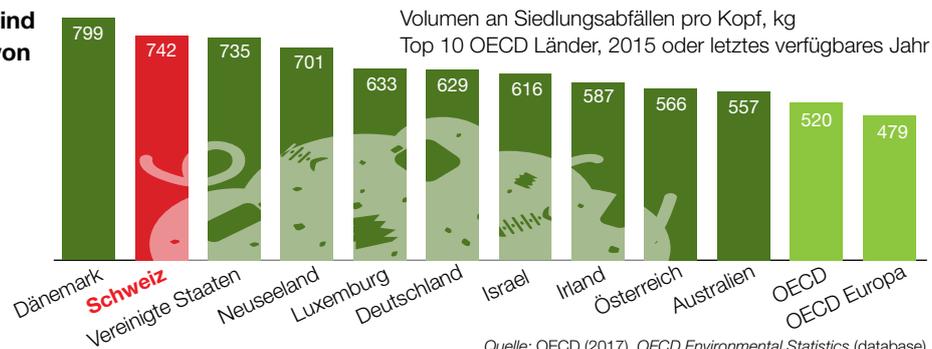


**Grafik 3. Die fossilen Brennstoffe machen etwa die Hälfte des Gesamt-Primärenergieaufkommens aus, was deutlich unter dem OECD-Anteil von 84 % liegt.**

Gesamt-Primärenergieaufkommen, Mtoe, 2015



Grafik 4. **Schweizer Einwohner sind die zweitgrößten Produzenten von Siedlungsabfällen in der OECD.**



## ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

- 2015 produzierte jede Schweizerin und jeder Schweizer 742 kg Abfall. Diese Pro-Kopf-Abfallmenge, die zu den höchsten in der OECD zählt, erhöhte sich seit 2000 parallel zum privaten Konsum um 27 %.
- Recycling-Strategien zeigten Wirkung: Aktuell wird die Hälfte der Siedlungsabfälle wiederverwerted, die andere Hälfte wird verbrannt.
- Es ist aber immer noch möglich, weitere Lücken zu schließen und sich in Richtung einer Kreislaufwirtschaft zu bewegen. Bau- und Abbruchabfälle stellen mit über 15 Mio. Tonnen pro Jahr bei weitem den größten Abfallstrom dar. Die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung für Baumaterialien wie in Deutschland würde Abfallerzeuger dazu anregen, die Kosten am Ende der Nutzungsdauer ebenfalls einzubeziehen.
- Baumaterialien machen die Hälfte des inländischen Materialverbrauchs aus. Dieser stieg seit dem Jahr 2000 um 9 %, während er in der EU im gleichen Zeitraum schrumpfte

## SCHUTZGEBIETE UND BIODIVERSITÄT

- Im letzten Jahrhundert ging in der Schweiz ein Großteil von früher weit verbreiteten Lebensräumen wie etwa Auen, Moore, Trockenwiesen und -weiden verloren. Gut die Hälfte der rund 235 Schweizer Lebensraumtypen gelten als gefährdet.
- In den späten 2000er-Jahren waren nicht weniger als 79 % der Reptilien, 62 % der Amphibien und über ein Drittel aller Säugetiere und Vögel als verletzlich, stark gefährdet oder vom Aussterben bedroht eingestuft (vgl. Seite 14)

## WASSERBEWIRTSCHAFTUNG

- Im vergangenen Jahrzehnt sank der Anteil der Wasserentnahmen an den verfügbaren Ressourcen um mehr als einen Fünftel. Allerdings gefährdet die intensivere Bodennutzung in den Grundwasserfassungsbereichen die Qualität des Grundwassers.
- Der Bau von Kläranlagen reduzierte die Phosphor- und Stickstoff-Belastung der mittleren und grossen Flüsse und Seen deutlich. Kleine Flüsse und Aquifere sind aber nach wie vor durch diffuse landwirtschaftliche Verschmutzung gefährdet. Mikroschadstoffe sind ein zunehmendes Problem (vgl. Seite 12).

## LUFTQUALITÄT

- Alle wichtigen Luftschadstoffe wurden vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Alle Kantone haben Programme zur Luftreinhaltung erarbeitet.
- In stark befahrenen Gegenden liegen die Anteile an grobem Feinstaub (PM<sub>10</sub>) und Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) immer noch über den gesetzlichen Grenzwerten, ebenso wie die sommerlichen Ozonwerte in ländlichen Gebieten des Kantons Tessin. Die Luftverschmutzung durch Feinstaub und Ozon verursacht jährlich 2000 bis 3000 vorzeitige Todesfälle.
- 2007 beschloss die Schweiz, ihren ersten nationalen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit nicht zu erneuern. Seither fehlt eine ganzheitliche Sicht der umweltbedingten Gesundheitsprobleme.
- Ammoniakemissionen, meist aus der Landwirtschaft, liegen nach wie vor weit über den kritischen Grenzwerten.

## Nächste Schritte | Luft, Abfall, Bildung

- Emissionen von Ammoniak, Ozon-Vorläufern (Stickstoffdioxid, flüchtige organische Verbindungen und Methan), Schwefeloxid und Feinstaub nach dem Verursacherprinzip weiter verringern.
- Eine Strategie zur Abfallvermeidung des Bundes, mit Richtzielen für die Gemeinden vorbereiten, gestützt auf die Erfahrungen in Deutschland, Schweden, Dänemark und dem Vereinigten Königreich eine nationale Ressourceneffizienzstrategie prüfen, um das Problem des hohen Materialverbrauchs anzugehen.
- Kommunikationskampagnen und Umweltbildung auf Bundes- und Kantonsebene entwickeln, um die Öffentlichkeit für den Zustand der Umwelt zu sensibilisieren.

# Umweltgovernance

**Die Schweiz muss die Koordination zwischen Bund und Kantonen weiter stärken. In der Schweiz ist es Tradition, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Urne zu ökologischen Fragen äußern können. Volksabstimmungen und Volksinitiativen sind wirksame Mittel, um die Bevölkerung einzubinden und dem Entscheidungsprozess der Regierung Impulse zu geben.**

## GESETZE UND INSTITUTIONEN

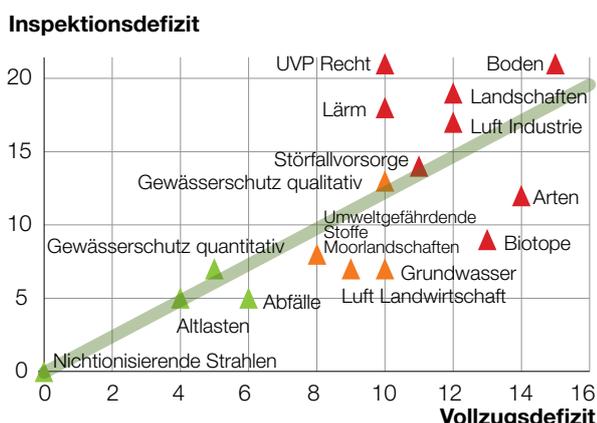
- Die EU-Umweltvorschriften kommen in der Schweiz zwar nicht unmittelbar zur Anwendung. Das Land hat aber gewisse Aspekte der EU-Gesetzgebung in das nationale Recht übernommen, wobei es sich seine Befugnisse in der Umweltpolitik bewahrt hat.
- Die Schweiz verfügt über ein effizientes System von vorgängigen Prüfungen (um die Vorbereitung von Projekten zu unterstützen). Allerdings fehlt eine Strategische Umweltprüfung (SUP) von Plänen und Programmen.
- Seit dem letzten Umweltprüfbericht von 2007 wurden bei Gesetzesentwürfen, öffentlichen Plänen und Politiken in den Bereichen CO<sub>2</sub>-Emissionen, Mikroschadstoffe, Biodiversität, Abfall und grüne Wirtschaft fast 70 Beurteilungen der Kosteneffizienz durchgeführt.
- Die Bewilligungspraxis in der Schweiz steht im Gegensatz zur EU-weiten Praxis einer integrierten Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung bei Hochrisikoplanen.
- Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) stellt den Kantonen «Vollzugshilfen» zur Verfügung, um gesamtschweizerisch eine einheitliche Anwendung der Anforderungen des Bundes in den verschiedenen

Umweltbereichen zu fördern. Es erscheint lohnenswert, dieses sehr nützliche Instrument zu aktualisieren und es breiter einzusetzen.

## EINHALTUNG GESETZLICHER VORSCHRIFTEN

- Die Kantone sind für die Einhaltung der Umweltvorschriften verantwortlich. Wie sie dieses Ziel erreichen wollen, liegt in ihrer Zuständigkeit, was zu großen Diskrepanzen zwischen den Kantonen führt. Inspektionen werden nicht unter Berücksichtigung aller Umweltaspekte (Luft, Wasser usw.) durchgeführt.
- Die Betreiber haften für Umweltrisiken. Sie müssen finanzielle Mittel zur Deckung allfälliger Untersuchungs- und Sanierungskosten sicherstellen. Zudem gibt es einen gut entwickelten Finanzierungsmechanismus für die Sanierung von belasteten Standorten: ein spezieller Fonds, der über eine Abgabe auf Deponieabfälle gespeist wird.
- In den Online-Katastern sind 38 000 mit Abfällen belastete Standorte registriert. 2017 wurde die Sanierung von 1 000 stark belasteten Standorten abgeschlossen; weitere 15 000 werden noch untersucht.
- Freiwillige Vereinbarungen zur Erreichung von Umweltzielen sind weit verbreitet, vor allem im Energiesektor. Ein deutliches Verbesserungspotenzial besteht im Hinblick auf ein umweltverträgliches öffentliches Beschaffungswesen, dem es aktuell an politischen Rahmenbedingungen und Zielsetzungen fehlt.

Grafik 5. **Umsetzungslücken stehen in direktem Zusammenhang mit dem Mangel an Inspektionen**



Quelle: FOEN (2013), *Strengthening Environmental Enforcement*.

## DEMOKRATIE

- In der Schweiz ist es Tradition, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mittels Volksabstimmungen und Volksinitiativen zu ökologischen Fragen äußern können.
- Die Schweiz ratifizierte die Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und verzeichnet in all diesen Bereichen kontinuierliche Fortschritte.
- Der Einbezug von Nachhaltigkeitsthemen in die Lehrpläne wurde deutlich verbessert

## Einbezug der Öffentlichkeit in Umweltentscheidungen

Seit 2000 wurden nur sechs der rund 20 Volksabstimmungen zu Umweltthemen angenommen.

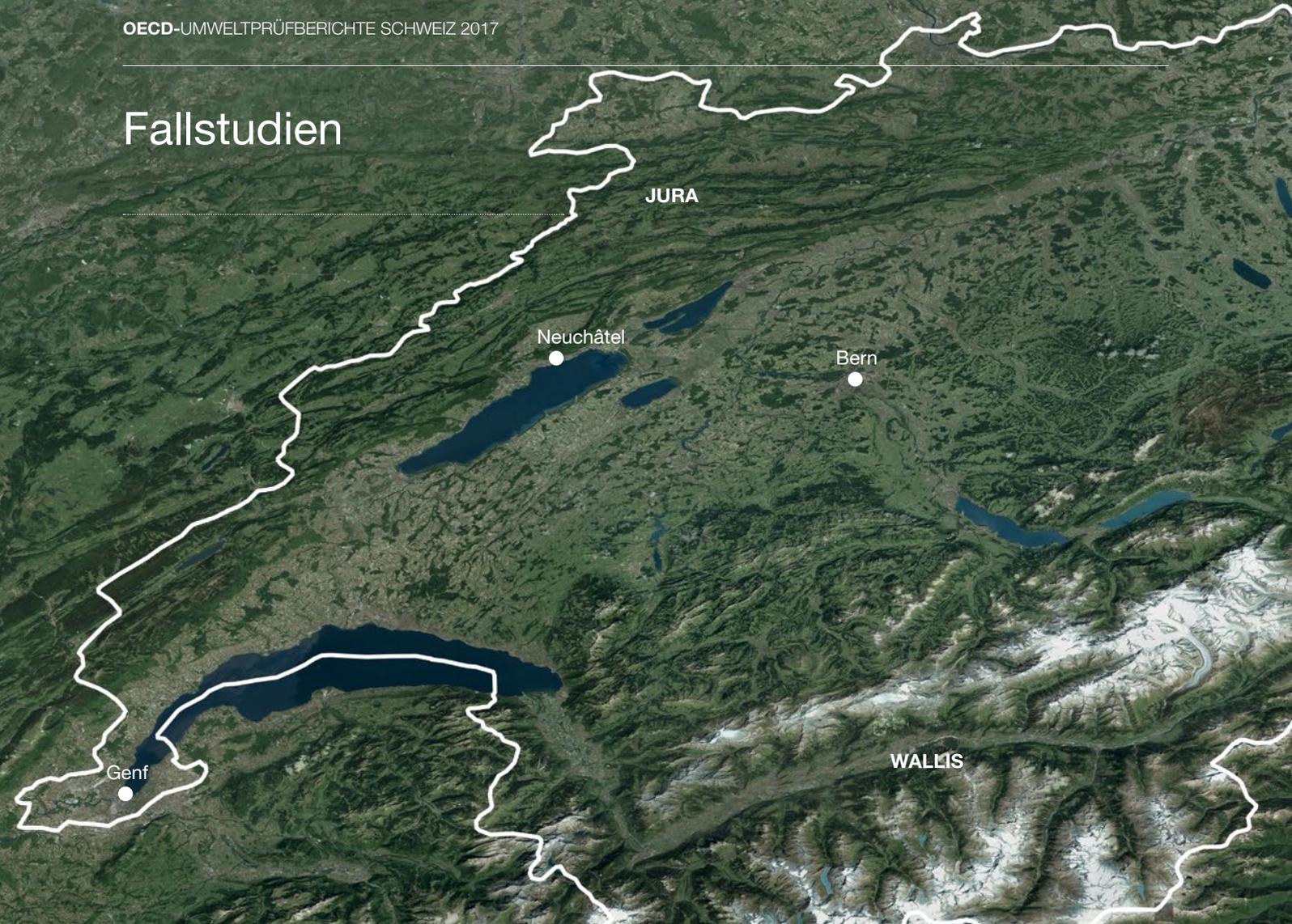
- Im Mai 2017 stimmten fast 60 % der Schweizer Stimmberechtigten dem Antrag der Regierung für eine Änderung des Energiegesetzes und einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie zu (vgl. Seite 10). Im November 2016 war eine Initiative für einen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie gescheitert, da eine Gefährdung der Energiesicherheit befürchtet wurde. Umweltorganisationen interpretierten das damalige Abstimmungsergebnis aber als Bestätigung dafür, dass ein großer Teil der Bevölkerung längerfristig aus der Kernenergie aussteigen wollte.
- Im September 2016 sagten 64 % der Bevölkerung Nein zur Förderung einer grünen Wirtschaft durch neue Regelungen und steuerliche Anreize, um den Ressourcenverbrauch bis 2050 deutlich zu reduzieren. Genf war der einzige Kanton, der diese Initiative annahm, während andernorts die Meinung vorherrschte, sie sei zu ehrgeizig und könnte sich negativ auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung auswirken. Die Schweizer Behörden verfolgen nun einen schrittweisen Ansatz.
- 2013 wurde eine Revision des Raumplanungsgesetzes angenommen, um die Ausdehnung der Städte in den nächsten 15 Jahren zu begrenzen. Mittel dazu sind eine Anpassung der Bauzonen an den voraussichtlichen Baulandbedarf und die Einführung einer Mehrwertabgabe von 20 % auf neu eingezontes Bauland.



## Nächste Schritte | Umweltgovernance

- Die Umweltpolitik und den Vollzug in den Kantonen durch eine bessere Koordination mit der Bundesebene harmonisieren und stärken, Mechanismen und Indikatoren für eine regelmäßige Leistungsüberwachung fördern.
- Die Einführung von integrierten Umweltbewilligungen für große Industrieanlagen prüfen und sich dabei auf die besten verfügbaren Techniken abstützen, um so einen ganzheitlichen Ansatz zur Vermeidung von Umweltverschmutzung zu fördern.
- Anforderungen für eine SUP von Plänen und Programmen einführen.
- Die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften besser überwachen. Zu diesem Zweck die risikobasierte Kontrolle stärken und Richtlinien für Inspektionsdienste entwickeln, die sämtliche Umweltaspekte abdecken.
- Leitlinien des Bundes für den Einsatz von Vollzugsinstrumenten zuhanden der Kantone entwickeln.
- Umweltfreundliche Praktiken in Unternehmen fördern und dazu vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen branchenspezifische Richtlinien bereitstellen; mit Zielsetzungen und Kontrollen ein umweltverträgliches öffentliches Beschaffungswesen stärken.

# Fallstudien



## RETTUNG DES ROI DU DOUBS

Der Zustand des Doubs-Abschnittes, der die Grenze zwischen der Schweiz und Frankreich bildet, hat sich deutlich verschlechtert: Zeichen dafür sind unter anderem Pilzerkrankungen unter Fischen, erhöhte Sterblichkeit nach dem Laichen oder auch die Algenblüte. 2011 wurde eine binationale Gouvernanzstruktur eingerichtet, um die Probleme mit der Wasserqualität, der Abflussbewirtschaftung und der Fischerei anzugehen. 2014 entwickelte der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg und Jura einen nationalen Aktionsplan für den Doubs. Sein Ziel ist es, die Ökosysteme dieses Flusses im französisch-schweizerischen Grenzgebiet und im Jura zu verbessern und den Roi de Doubs (Zingel asper) zu retten: eine Fischart, die typisch ist für den Doubs.

## STRATEGISCHE UMWELTPRÜFUNG IN GENF

Genf ist der einzige Kanton, der in der kantonalen Raumplanung (Richt- und Nutzungspläne) zwingend eine strategische Umweltprüfung (SUP) verlangt. Das Umweldepartement des Kantons überwacht diese Prüfung, die eine fundierte Analyse von Alternativen beinhalten muss. Die SUP ist auf die Raumplanung begrenzt und erstreckt sich nicht direkt auf andere Pläne oder Programme, die ebenfalls Auswirkungen auf die Umwelt haben könnten. Der Kanton legt keine strengen methodischen Anforderungen fest, publiziert jedoch einen Leitfaden zur Vorbereitung der kommunalen Zonenpläne. Seit 2006 führt zudem der Kanton Waadt auf freiwilliger Basis eine SUP der kantonalen Raumplanung durch.

## NETZWERK ENERGIESTADT

Etwa 360 Schweizer Städte und Gemeinden, darunter kleine Orte wie Aeuget am Albis, gehören dem Netzwerk Energiestadt an, dessen Ziel darin besteht, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien gemäß der Energiestrategie 2013 des Bundes zu fördern. Dies entspricht einem allgemeinen Trend in den OECD-Ländern, in denen Gemeindeverbände immer mehr Umweltsachen in ihre Agenden aufnehmen. Dadurch eröffnen sich Möglichkeiten, um bei der Einrichtung von Umwelteinfrastrukturen Kapazitäten zu bündeln und Skalenvorteile zu nutzen.



### CERCL'AIR

Der Cercl'Air ist eine Vereinigung von rund 230 Fachleuten, mit Vertretern und Vertreterinnen von kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie der Hochschulen, um über Fragen der Luftreinhaltung zu behandeln. Ähnliche Vereinigungen gibt es für Abfall, Lärm, Wasser und Boden. Jeder Kanton hat im Rahmen von Cercl'Air einen Leitfaden zur Luftemissionskontrolle veröffentlicht. Der Kanton Luzern erarbeitete ein eigenes Handbuch für Inspektionen in der Autoindustrie. Die Schweiz sollte eine Einführung von umfassenden Inspektionen prüfen, die alle Umweltaspekte abdecken. So ließen sich die Inspektionskosten senken und die Einhaltung der Vorschriften könnte besser überwacht werden.

### DER LÄNGSTE EISENBAHNTUNNEL DER WELT

Ende 2014 wurden in der Schweiz über zwei Drittel der Güter mit dem Zug transportiert (BAV 2016). Dieser Anteil dürfte weiter steigen: Im Dezember 2016 wurde der Gotthard-Basistunnel eröffnet – mit 37 km der längste Eisenbahntunnel der Welt –, der den Gütertransport auf der Schiene zwischen Nord- und Südeuropa erhöhen will. Allerdings ist das Land nach wie vor weit von seinem Ziel entfernt, dass 2018 maximal 650 000 Lastwagen pro Jahr die Schweizer Alpen auf der Straße durchqueren. Trotz einer Verminderung des Schwerverkehrs um 30 % von 2000 bis 2014 fahren 2015 noch immer eine Million schwere Güterfahrzeuge durch die Alpen. In Frankreich und Österreich sind die Anteile des transalpinen Güterverkehrs auf der Schiene viel tiefer.

### ALLEGRA GEISSENPETER

In der Schweiz sind im letzten Jahrhundert über 95 % aller Trockenwiesen verschwunden, weil sie nicht mehr beweidet und gemäht werden. Deshalb hat die Schweizer Naturschutzorganisation Pro Natura den Geissenpeter aufleben lassen: den Freund von Heidi aus dem gleichnamigen berühmten Schweizer Kinderbuch.

In Zusammenarbeit mit Bauern und Bäuerinnen, Gemeinden und kantonalen Ämtern hat Pro Natura verschiedene Projekte gegen die Verbuschung und Verwaldung der Wiesen lanciert. So wurden in den Bergkantonen Wallis und Graubünden zur Rettung der Trockenwiesen Weidetiere neu angesiedelt. Je nach Topographie und Art des Bewuchses werden Ziegen, Esel oder Rinder eingesetzt. 2006 und 2016 wurden über 80 Hektaren Trockenweiden aufgewertet. Herkömmliche trockenheitsliebende Pflanzenarten sind zurückgekehrt und die Zahl und Vielfalt der Schmetterlinge hat sich in einem Projekt mehr als verdoppelt.

# Umweltverträgliches Wachstum

**Die Schweiz hat Fortschritte bei der Ökologisierung ihrer Wirtschaft erzielt, könnte aber mehr tun: mehr Anreize setzen, um die Umweltauswirkungen des hohen Konsums zu bekämpfen, das Verursacherprinzip stärken, Öko-Innovationen fördern oder auch die Unternehmens- und Finanzbranche mobilisieren.**

## RAHMENBEDINGUNGEN

- Der Bundesrat verabschiedete 2013 einen klaren Aktionsplan Grüne Wirtschaft. Im Zeitraum 2016–2019 liegt der Fokus auf weiteren Fortschritten in Richtung einer Kreislaufwirtschaft.
- In mehreren Abstimmungen haben das Parlament (2015) und das Volk (2016) ehrgeizigere Zielsetzungen für eine Grüne Wirtschaft verworfen.
- Die Revision des Energiegesetzes wurde in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 angenommen. Bis 2050 soll eine Verschiebung von der Kernenergie zu erneuerbaren Energien erreicht werden.

erneuerbare Energien teilweise über einen Netzzuschlag auf den Stromrechnungen. Das heißt, dass die Stromverbraucherinnen und -verbraucher die Kosten der Energiewende tragen.

- Der Güterverkehr durch die Alpen bereitet seit Jahren Sorgen. Die 2001 eingeführte distanz- und gewichtsabhängige Schwerverkehrsabgabe fördert eine Reduktion der Emissionen und die Einhaltung der neusten EURO-Standards. 2015 fuhren aber immer noch eine Million schwere Güterfahrzeuge durch die Alpen. Weitere Fortschritte hängen von einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ab.
- Die Schweiz gehört zu den wenigen OECD-Ländern, die Diesel höher besteuern als Benzin, um den höheren Kohlenstoff- und Schadstoffemissionen pro Liter Rechnung zu tragen.
- Die jährliche Unterstützung für fossile Treibstoffe wurde für 2014 auf 260 Mio. Franken geschätzt und erfolgt ausschließlich in steuerlicher Form (Rückzahlungen und Steuerbefreiungen). Durch eine Abschaffung dieser Unterstützung würden genügend Ressourcen freigesetzt, um beispielsweise die Förderung der erneuerbaren Energien durch die öffentliche Hand verdoppeln zu können.
- Die landwirtschaftlichen Zahlungen, die mit expliziten Umweltzielen verbunden sind, erhöhten sich von 2000 bis 2015 von 6 % auf 23 %. Gemäß der Agrarpolitik 2014–2017 sind Direktzahlungen von einem ökologischen Leistungsnachweis abhängig.

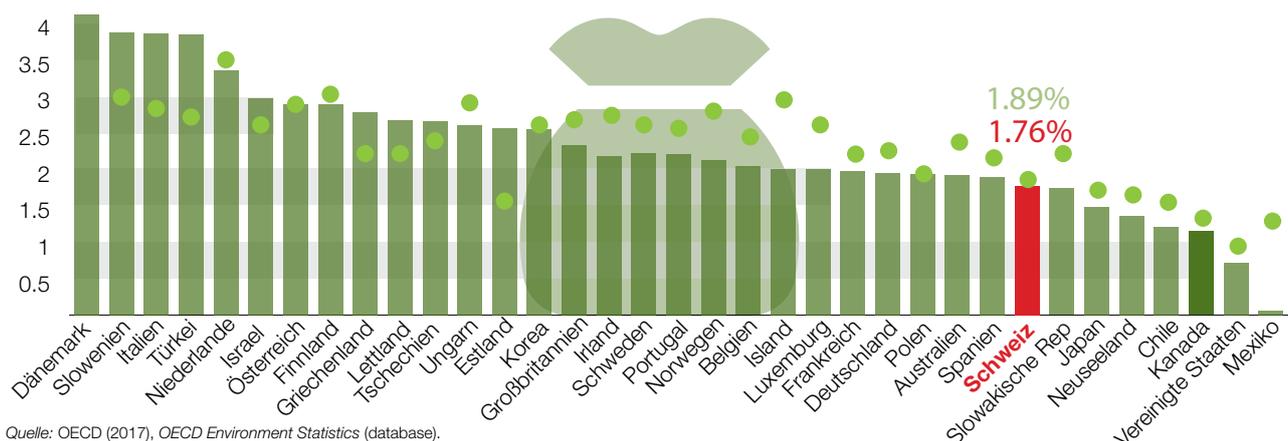
## ÖKOLOGISIERUNG DES STEUERSYSTEMS

2016 betrug die CO<sub>2</sub>-Abgabe **77 Euro** pro Tonne. Viele Quellen von Treibhausgasen, sind aber von dieser Abgabe ausgenommen.

• Bereits 2008 wurde eine CO<sub>2</sub>-Abgabe eingeführt und die Schweiz gehört zu den Ländern mit dem höchsten Abgabesatz. Allerdings werden auf Treibstoffen keine Abgaben erhoben und abgabepflichtige Unternehmen können sich von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen, wenn sie gewisse freiwillige Verpflichtungen eingehen.

- Das Maßnahmenpaket 2018–2020 des revidierten Energiegesetzes unterstützt Investitionskosten in

● Grafik 6. **Umweltsteuern sind tief und sinken.**  
Anteil der Umweltsteuern am BIP, 2014 (Spalten) und 2000 (Punkte)



Quelle: OECD (2017), OECD Environment Statistics (database).

- Zur Verminderung der Siedlungsabfälle haben 90 % der Gemeinden eine Sackgebühr eingeführt. Die Gebühren sollen alle Kosten für die Sammlung und Entsorgung des Abfalls decken. Für Getränkebehälter und Batterien gibt es vorgezogene Entsorgungsgebühren und für elektrische und elektronische Geräte gilt eine erweiterte Herstellerverantwortung.

Umweltspezifische  
Forschung und  
Entwicklung macht nur  
**0,2%**  
der gesamten öffentlichen  
Entwicklungs- und  
Forschungsbudgets aus, die  
zweitniedrigste Rate in  
der OECD.

### ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

- Die öffentlichen Umweltschutzausgaben sind auf rund 0,7 % des BIP gestiegen, was dem EU-Durchschnitt entspricht. Generell erwartet die Regierung aufgrund der alternden Infrastruktur, des Bevölkerungswachstums und der Urbanisierung einen weiteren Anstieg.
- Die Schweiz hat positive Schritte unternommen, indem sie unter anderem die Energieeffizienz von Gebäuden und den nachhaltigen Verkehr mit ihrer öffentlichen Investitionspolitik fördert.
- Bis 2014 profitierten 3 % des Stroms aus erneuerbaren Energien von der kostendeckenden Einspeisevergütung. Die Energiestrategie 2050 plant, diese Marktpreisstützung durch private Verträge und zusätzliche Investitionsbeiträge zu ersetzen, die eine marktorientierte Entwicklung von erneuerbarer Energien fördern sollen.
- 2010 wurde ein gemeinsames Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen zur Erhöhung der Energieeffizienz in Gebäuden gestartet. Die Finanzhilfen für Sanierungen haben ihr Reduktionsziel zwar erreicht, aber für die kantonalen Programme zur Förderung von erneuerbaren Energien und die Abwärmenutzung stand zu wenig Geld zur Verfügung. Das gemeinsame Programm wurde mit zusätzlichen Bundesmitteln über 2019 hinaus verlängert.

### FÖRDERUNG DER ÖKO-INNOVATION

- Die Schweiz zählt in der Wissenschaft, Technologie und Innovation zu den Spitzenreitern. Sie stärkt

diese Position auch weiterhin mit klar definierten Masterplänen für die Umwelt- und Energieforschung sowie einer effizienten Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

- Der Umweltschutz macht aber nur einen kleinen Anteil des gesamten öffentlichen F&E-Budgets aus und der Prozentsatz der umweltbezogenen Patente ist gemessen am OECD-Standard sehr tief. Gründe dafür sind eine Verlagerung hin zur nicht thematischen Forschung und eine Finanzierungslücke in der Vorkommerzialisierungs- und Demonstrationsphase.

### MOBILISIERUNG DES UNTERNEHMENSSEKTORS

- Die Schweiz engagiert sich aktiv in vielen internationalen freiwilligen Initiativen wie etwa in der G20 Green Finance Study Group oder der Task Force on Climate-related Financial Disclosures.
- Schweizer Investoren haben Schritte zur Identifizierung von Aktivitäten unternommen, die aufgrund ihrer Umweltrisiken nicht finanziert werden sollten. Damit ebneten sie den Weg für eine systematischere Überwachung der Umweltleistung von Investitionen, die der Finanzsektor tätigt.

Der Bestand  
des Schweizer  
Aktienfondsmarktes trägt  
schätzungsweise zu einer  
Erderwärmung von  
**4-6 °**  
bei, statt sie „deutlich unter  
2°“ zu begrenzen (Ziel des  
Pariser Abkommens).

### ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND HANDEL

- Ein wachsender Anteil der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe betrifft umweltpolitische Ziele.
- Die Gewährleistung der Kohärenz zwischen Handel und Umweltpolitik ist aufgrund der offenen Wirtschaft der Schweiz von größter Bedeutung. Die Schweiz gehört zu den 17 Mitgliedern der Welthandelsorganisation, die über ein Umweltgüterabkommen verhandeln. Bilaterale Freihandelsabkommen werden allerdings keiner systematischen Beurteilung unterzogen.

## Nächste Schritte | Umweltverträgliches Wachstum

- Den Aktionsplan Grüne Wirtschaft als regierungsweiten Ansatz unterstützen und die Kohärenz mit anderen Plänen und Strategien sicherstellen.
- Die Steuerbasis der CO<sub>2</sub>-Abgabe erweitern und die noch bestehenden Abgabebefreiungen und Rabatte abschaffen. Die anreizbasierte Besteuerung zur Verringerung der konsumbedingten Umweltauswirkungen ausbauen.
- Die Marktorientierung beim Übergang zur erneuerbaren Energie fördern.
- Die Umweltauswirkungen von Investitionen des privaten Sektors systematischer untersuchen.
- Weiter darauf hinarbeiten, dass Direktzahlungen an Landwirte von ökologischen Leistungen abhängig gemacht werden.
- Den Grundsatz der vollen Kostendeckung von Leistungen weiterverfolgen, um Investitionen im Wasser- und Abfallbereich zu finanzieren.
- Den Risikokapitalmarkt nutzen, um die Öko-Innovation vor allem in der Demonstrations- und frühen Kommerzialisierungsphase zu fördern.
- Die Umweltauswirkungen von neuen Handelsabkommen beurteilen.

# Wasser

**Die Schweiz zählt zu den ersten Ländern, die eine nationale Politik zur Reduktion von Mikroschadstoffen in kommunalen Abwasserreinigungsanlagen umsetzen. Seit der umfassenden Revision des Gewässerschutzgesetzes im Jahr 2011 arbeitet das Land daran, seine Flüsse und Seeufer, die durch Bauten, Einrichtungen zum Hochwasserschutz und Wasserkraftanlagen künstlich verändert worden sind, schrittweise zu renaturieren.**

## MIKROSCHADSTOFFE UND NÄHRSTOFFE

- Täglich werden über 30 000 potenzielle Mikroschadstoffe in Pflanzenschutzmitteln, Bioziden, Pharmaka oder auch Inhaltstoffen von Konsumgütern wie etwa Körperpflegeprodukten oder Reinigungsmitteln eingesetzt. In Schweizer Oberflächengewässern wurde eine große Anzahl dieser Stoffe nachgewiesen, die aus kommunalen Abwässern oder diffusen landwirtschaftlichen Quellen stammen.
- Die Nährstofffrachten wurden zwar insgesamt verringert, sind aber bei fast 10 % aller Messstellen noch immer zu hoch. Dieser Prozentsatz wäre noch viel höher, wenn mehr kleine Flüsse beobachtet würden.
- Trotz der Bemühungen, Phosphor aus dem Abwasser zu eliminieren, leiden die Hälfte der 20 größten Schweizer Seen immer noch unter Überdüngung und Sauerstoffmangel, dies vor allem in Gebieten, in denen intensive Landwirtschaft betrieben wird.
- 97,3 % der Bevölkerung sind an eine Kläranlage angeschlossen, womit die Schweiz in der OECD hinter der Niederlande den zweiten Platz belegt. 70 % der Abwässer werden in Anlagen mit einer dritten Klärstufe (Eliminierung von Nährstoffen) behandelt.
- Die Schweiz zählt zu den ersten Ländern, die mit der Aufrüstung ihrer kommunalen Abwasserkläranlagen zur Behandlung von Mikroschadstoffen begonnen haben. Drei Anlagen sind bereits für die Eliminierung von Mikroschadstoffen ausgestattet und 120 weitere sollen noch aufgerüstet werden. Dank dieser Politik dürften die Einleitungen von Mikroschadstoffen aus Siedlungsabwasser in Fließgewässer bis 2040 halbiert werden.

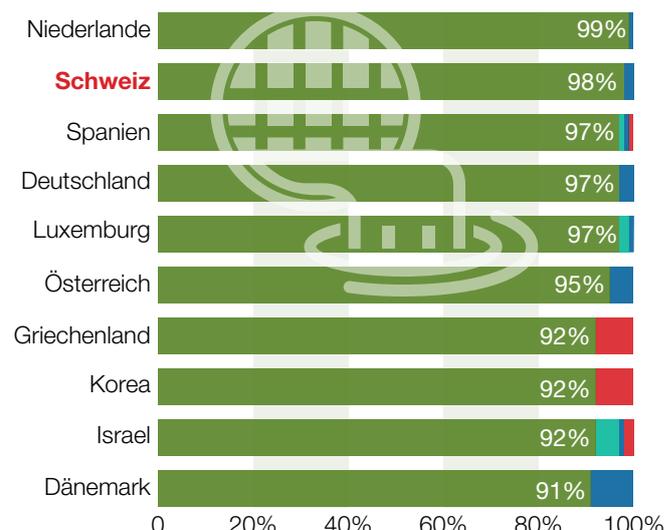
## RENATURIERUNG VON FLÜSSEN

- Rund 40 % der Schweizer Flüsse wurden durch die intensivierete Bodennutzung erheblich verändert. Flussläufe wurden geändert und künstliche Barrieren behindern die Bewegungsfreiheit der Fische. Auch die Wasserkraftproduktion führt zu strukturellen Veränderungen der Flussströme.
- Die Wiederherstellung der natürlichen Funktionen von Flüssen, Bächen und Seen ist ein langfristiges

Ziel, das auf eine Volksinitiative von 2006 zurückgeht. Die Kantone sind verpflichtet, den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer so festzulegen, dass sie ihrem natürlichen Lauf folgen können und der Hochwasserschutz gewährleistet ist. Das nationale Ziel lautet, bis 2090 etwa 4000 km Flüsse zu revitalisieren.

- Die Kantone haben Fluss- und Seeuferabschnitte bezeichnet, in denen der Nutzen für Natur und Landschaft im Verhältnis zu den Revitalisierungskosten am größten ist.
- Projekte zur Sanierung von Oberflächengewässern, Hochwasserschutz, die Wiederherstellung von Auenbiotopen ebenso wie die Bewirtschaftung von Ufergebieten als Biodiversitätsförderfläche oder als Teil der Strukturanpassung der Landwirtschaft können mit Bundesmitteln unterstützt werden. Diese Strategien umfassen unterschiedliche Maßnahmen: Die Herausforderung besteht darin, ihre Kohärenz sicherzustellen.

**Grifik 7. 98 % der Bevölkerung sind an eine Kläranlage angeschlossen**



Bevölkerung mit Anschluss an eine Kläranlage (Top 10 der OECD-Länder):

- Sekundär (biologisch) oder tertiär (chemisch)
- Primär (mechanisch)
- Unabhängig
- kein Anschluss

Quelle: OECD (2017), OECD Environment Statistics (database).



- Wasserkraftwerke müssen zudem ihre negativen Auswirkungen auf Fließgewässer vermindern. Gemäß dem Grundsatz «Strom mit Strom bezahlen» werden die Einnahmen aus einer zusätzlichen Abgabe auf Stromrechnungen verwendet, um die Wasserkraftwerke entsprechend zu modernisieren.
- Ein Viertel der vor 1991 gebauten Wasserkraftwerke erfüllen die Anforderungen bezüglich der Restwassermengen nicht. Seit 1991 gibt es einen konsensbildenden Ansatz zur Festlegung von «akzeptablen» Restwassermengen, der die Entwicklung der Wasserkraft, aber auch den Schutz der Ökosysteme berücksichtigt. Allerdings wurde diese Interessenabwägung noch kaum je vorgenommen.

### FINANZIERUNG DER INFRASTRUKTUR

- Dank eines klaren Systems von Wassergebühren und des breitflächigen Einsatz von Wasserzählern decken die Wasserrechnungen die vollen Kosten der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie 78 % der langfristigen Investitionen.
- 2016 wurde ein Fonds geschaffen, um bis zu 75 % der Kosten für die Aufrüstung der Kläranlagen bis 2040 zu finanzieren. Er wird gemäß dem Verursacherprinzip durch eine Abwasserabgabe finanziert, die der Bund erhebt.
- Rund 90 % der Gemeinden haben wie vom Gewässerschutzgesetz verlangt eine Entwässerungsplanung vorgenommen, um die Behandlung von Abwasser und Regenwasser zu trennen.

### LANDWIRTSCHAFT

- Über 95 % der Schweizer Landwirtschaftsbetriebe halten sich an die Beschränkungen bezüglich Stickstoff- und Phosphorüberschüssen, an das Verbot des Einsatzes von Pestiziden auf einem 6 Meter breiten Pufferstreifen entlang von Flüssen und die Bereitstellung von mindestens 7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Förderung der Biodiversität.
- Allerdings wurde keines der 2008 festgelegten Ziele bezüglich Nährstoffen und Pestiziden vollständig erreicht, was den Bundesrat dazu veranlasste, die

Einführung eines Lenkungssystems in die Agrarpolitik 2022–25 in Erwägung zu ziehen.

- Das obligatorische Informationssystem für den Handel mit Hofdünger ist eine kostengünstige Methode, um einen ausgewogenen Einsatz von Nährstoffen in landwirtschaftlichen Betrieben zu erreichen. Der Nährstoffhandel könnte wie in Dänemark mit einer Abgabe für Stickstoffüberschüsse kombiniert werden.

### TRINKWASSERVERSORGUNG

- Das Gewässerschutzgesetz verpflichtet die Kantone, Grundwasserschutzzonen und -areale zu bezeichnen. Allerdings haben nur wenige Kantone diesen Bereich in ihre Richtpläne aufgenommen.
- Die Abgabe für die Grundwasserentnahme sollte so geändert werden, dass sie das Risiko einer Wasserknappheit besser widerspiegelt.

## Nächste Schritte | Wasser

- Weitere Anstrengungen unternehmen, um die Abwasserreinigungsanlagen für die Behandlung von Mikroschadstoffen auszurüsten.
- Die Umsetzung des Aktionsplans für Pflanzenschutzmittel beschleunigen.
- Die Einführung einer Steuer auf Stickstoffüberschüsse für landwirtschaftliche Betriebe prüfen.
- Bei der Auswahl der Fluss- und Seeuferabschnitte zur Renaturierung die Schaffung von ökologischen Korridoren fördern.
- Bei langjährigen Wassernutzungsrechten für die Wasserkraft, die eine Renaturierung von kleinen Flüssen behindern, die Festlegung von «akzeptablen» Restwassermengen prüfen.
- Die Kohärenz zwischen den verschiedenen Arten der öffentlichen finanziellen Unterstützung für die Renaturierung von Flüssen sicherstellen.
- Die Überwachung der Wasserqualität und Forschung auf kleine Flüsse und Seen ausdehnen.

# Biodiversität

**Die Schweiz befindet sich an einem wichtigen Punkt in der Entwicklung ihrer Politik zur Erhaltung der Artenvielfalt und der nachhaltigen Nutzung von Ökosystemen. Die Waldbedeckung hat sich verbessert, aber der allgemeine Zustand der biologischen Vielfalt ist schlecht. Die "Strategie Biodiversität Schweiz" ist vielversprechend. Die Erarbeitung des damit verbundenen Aktionsplans dauerte jedoch länger als erwartet.**

- Die geografische und klimatische Vielfalt der Schweiz hat zu einer reichen Artenvielfalt und einer Fülle von Ökosystemen geführt.
- Veränderte Bodennutzung, Zerschneidung der Landschaft, Verschmutzung, Verlust an Lebensräumen, Beeinträchtigung von Arten durch Störung, invasive Arten und Klimawandel setzen die Biodiversität unter Druck.
- Die meisten inländischen Wasserökosysteme gelten als bedroht und artenreiche Wiesen gehen verloren.

**36%**  
aller untersuchten Arten werden als bedroht eingestuft.

Moore haben zwischen 1900 und 2010 **82%** ihrer Fläche eingebüsst

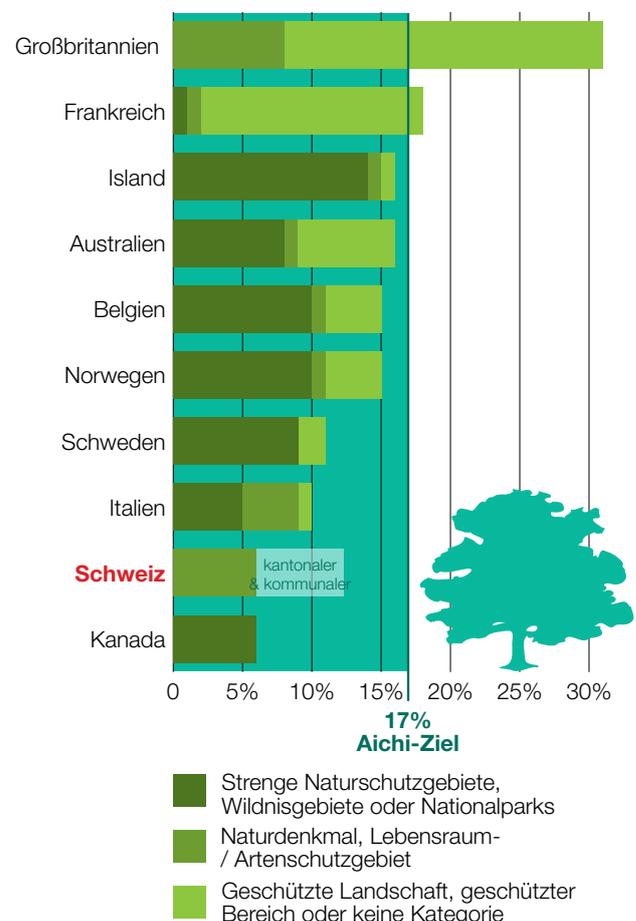
## RAHMENBEDINGUNGEN

- Die Kantone und Gemeinden üben damit einen erheblichen Einfluss auf die Umsetzung der Umweltgesetzgebung aus. So werden u.a. Entscheidungen über Nationalparks der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Dieses demokratische System nimmt Rücksicht auf örtliche Gegebenheiten und Interessen und ist sinnvoll, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern. Es hat jedoch auch Nachteile wie etwa längere Verfahren, Priorisierung des wirtschaftlichen Nutzens und eine uneinheitliche Umsetzung.
- Der Aktionsplan der Strategie Biodiversität Schweiz von 2012 wurde erst im September 2017 unterzeichnet die : mehr als drei Jahre, nachdem sich die Regierung dazu verpflichtet hatte.

## SCHUTZGEBIETE

- Die nationalen Naturschutzgebiete haben sich vor allem durch die Zunahme der Biotopie von nationaler Bedeutung und dank kantonalen und kommunalen Maßnahmen ausgedehnt. Nur 6,2 % des Gebietes der Schweiz genießen landesweiten Schutz. Dieser Anteil könnte bis zu 12,5 % betragen, wenn die auf kantonaler und kommunaler Ebene geschützten Gebiete ebenfalls eingerechnet werden. Das ist aber immer noch weit entfernt vom Aichi-Ziel, bis 2020 17 % der gesamten Fläche unter Schutz zu stellen.

Grifik 8: **Die Schweiz ist weit davon entfernt das Aichi-Ziel zu erreichen** (17% des Gebiets unter Schutz zu stellen) Schutzgebiete per IUCN-Kategorie, ausgewählte OECD-Länder, 2013 (% der Gesamtfläche)



Quelle: OECD (2017), OECD Environment Statistics (database); FOEN (2017).

Nur  
**5,6%**  
der Waldfläche sind  
Waldreservate

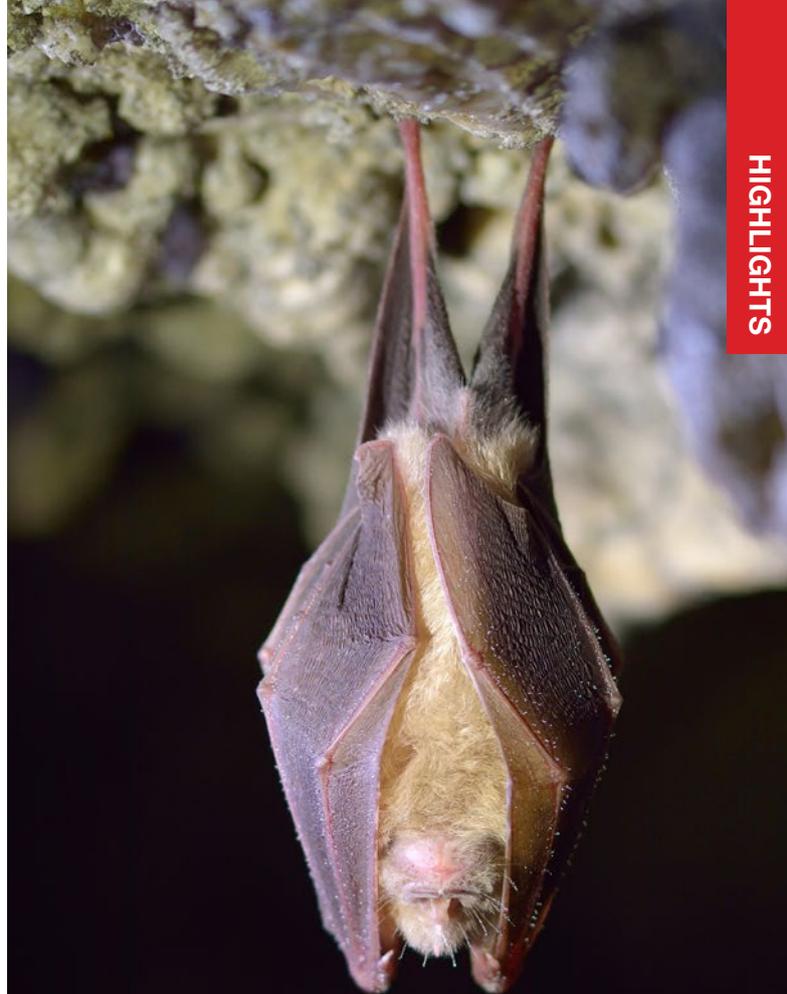
- Die Schweiz verlässt sich auf weniger strenge Schutzvorschriften als andere OECD-Länder. Die Schutzgebiete sind oft zu klein, schlecht miteinander oder mit anderen europäischen Netzwerken verbunden und erfüllen die Erhaltungsziele nicht umfassend.

### EINBEZIEHUNG VON NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

- Das Landschaftskonzept Schweiz will den Natur- und Landschaftsschutz in alle relevanten Sektoralpolitiken integrieren. Das Raumplanungsgesetz wurde 2013 revidiert, um zu große Bauzonen zu verkleinern und bestehende Baulandreserven besser zu nutzen. Steuerliche Anreize für die Einzonung von Bauland am Rand der Städte fördern jedoch die Zersiedelung.
- Gemäß den Paketen der Agrarpolitik müssen die Landwirte mindestens 7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Biodiversitätsförderfläche ausscheiden, um Anspruch auf Direktzahlungen zu erhalten. Es könnten jedoch mehr Anstrengungen unternommen werden, um die geeigneten Flächen auszuwählen und die Verschmutzung durch Pestizide und Düngemittel zu bekämpfen.
- Die Waldpolitik 2020 umfasst den Schutz der Biodiversität und geht dabei von Vereinbarungen mit den Kantonen und Waldbesitzern aus. Die Schweiz ist verpflichtet, bis 2020 8 % ihrer Waldfläche unter Schutz zu stellen, einen naturnahen Waldbau zu betreiben und zugleich die Holznutzungsraten zu erhöhen.
- Die Energiepolitik 2020 will die Biodiversität ebenfalls schützen und sieht dazu Vereinbarungen mit den Kantonen und Energielieferanten vor. Neue Wasser- und Windkraftprojekte müssen sorgfältig umgesetzt werden, damit ihre Auswirkungen auf Ökosysteme, Flora und Fauna möglichst gering sind.
- Tourismus- und Verkehrsinfrastrukturen erhöhen die Gefahr, dass Landschaften zerscheidet und Lebensräume gestört werden. Andere Länder setzen auf kreative Entschärfungsmassnahmen wie etwa gut funktionierende Wildtierkorridore und Naturschutzgebiete oder auch Gebühren für touristische Aktivitäten. Letztlich liegt es im Interesse der Tourismusbranche, dass Landschaften bewahrt bleiben.

### FINANZIERUNG

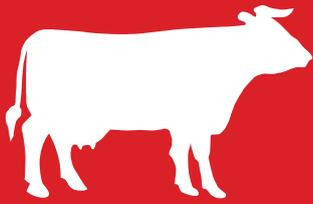
- In den letzten 10 Jahren hat der Bund seine Ausgaben für die Biodiversität verdoppelt. Schätzungen des BAFU zufolge sind bis 2040 jährlich zusätzlich 182 Mio. bis 210 Mio. CHF nötig, um die Zielsetzungen der Strategie Biodiversität Schweiz erreichen zu können. Im Mai 2016 beschloss der Bundesrat, 135 Mio. CHF in dringende Biodiversität-Maßnahmen im Zeitraum 2017–20 zu investieren.
- Es gibt viele Möglichkeiten für einen verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente wie etwa Besteuerung von Pestiziden, Gebühren für die Nutzung von Ökosystemdienstleistungen im Waldbereich, Zugangsgebühren im Tourismus und Baugebühren in Städten, die für eine Erweiterung der Grünräume eingesetzt werden.



**In der Schweiz gelten etwa 60 % der Fledermäuse als gefährdet.** Pestizide sind der Hauptschuldige, insbesondere DDT, das früher zur Holzbehandlung in Estrichen eingesetzt wurde. Einige Populationen haben sich erholt, seit gewisse Substanzen, darunter auch DDT, in den 1970er-Jahren verboten wurden. Wegen der Fressgewohnheiten der Fledermäuse stellen die Zerschneidung und der Verlust von Lebensräumen aber ein Hindernis für die Wiederbesiedlung von ehemaligen Revieren dar. Die kleine Hufeisennase (*Rhinolophus Hipposideros*) wurde früher oft gesehen und war weit verbreitet. Heute sind diese Tiere in der Nord- und Westschweiz regional vom Aussterben bedroht.

### Nächste Schritte | Biodiversität

- Eine nationale Ökosystem-Karte erarbeiten, in der Prioritäten für Schutzmaßnahmen und einzurichtende Korridore festgelegt werden und die als Grundlage für ein formaleres und rechtsverbindlicheres Instrument für die Raumplanung dient.
- Den Aktionsplan zur Strategie Biodiversität Schweiz zügig umsetzen.
- Den Schutz der Biodiversität durch gezielte Finanzierung auf allen Regierungsebenen und die Einwicklung ökonomischer Instrumente verbessern.
- Subventionen und steuerliche Anreize mit nachteiligen Auswirkungen auf die Biodiversität identifizieren und abschaffen.
- Politiken, Programme und Aktionspläne entwickeln, damit das Aichi-Ziel, bis 2020 17 % der Fläche unter Schutz zu stellen, erreicht werden kann.



# OECD-Umweltprüfberichte Schweiz 2017

## WEITERE INFORMATIONEN

---

Der Bericht und alle Daten stehen unter  
<http://oe.cd/epr-switzerland> zur Verfügung.

OECD-Programm der Umweltprüfberichte: <http://oe.cd/epr>

## KONTAKT

---

Abteilungsleitung: **Nathalie Girouard**  
[Nathalie.Girouard@oecd.org](mailto:Nathalie.Girouard@oecd.org)

Bericht-Koordination: **Gérard Bonnis**  
[Gerard.Bonnis@oecd.org](mailto:Gerard.Bonnis@oecd.org)

Kommunikation: Clara Tomasini  
[Clara.Tomasini@oecd.org](mailto:Clara.Tomasini@oecd.org)

Folgen Sie uns auf Twitter: @OECD\_ENV

**Symbole.** TheNounProject.com, sous licence Creative Commons. Edward Boatman, RockIcon, Nikita Kozin, Thomas Uebe, Jan Vitasek, Waleed AlAlami, Co-effect Creative, Adrien Coquet, Ananth, Novita Dian, Krisada, Agni, Marie van der Broeck, OCHA, Dan Hetteix, Chris Pypier. **Photos.** iStockphoto.com/assalve, and from Shutterstock.com: Richard Cavalleri/, Mario Nowak, Suteracher, All-stock-photos. **Karte.** Esri, DigitalGlobe, GeoEye, Earthstar Geographics, CNES/Airbus DS, USDA, USGS, AeroGRID, IGN, and the GIS User Community. **Haftungsausschluss.** Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten sowie Daten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten. Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

1 - November 2017

<http://oe.cd/epr>



BESSERE POLITIK FÜR  
EIN BESSERES LEBEN

